

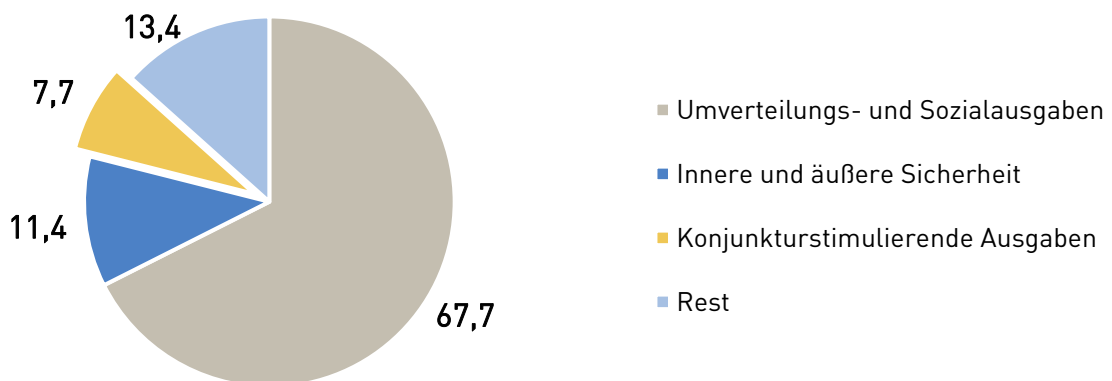
Chart of the Week

Deutscher Haushalt stellt keine Wachstumsimpulse in Aussicht

Als unser wichtigster Handelspartner und größte Volkswirtschaft der EU haben Deutschland und sein wirtschaftlicher Erfolg eine besondere Bedeutung für das Wachstum in Österreich. Wenn unser Nachbar in der medialen Berichterstattung nun wieder als „kranker Mann Europas“ geführt wird, sollte dies hierzulande aufhorchen lassen. Das stark exportorientierte Wachstumsmodell, mit dem sich Deutschland zu Anfang der 2000er Jahre von dieser ungeliebten Titulierung befreien konnte, scheint unter den neuen geopolitischen Realitäten nicht mehr zu funktionieren. Bereits seit zwei Jahren stagniert die deutsche Wirtschaftsleistung, und nach vorläufigen Zahlen soll sie im zweiten Quartal 2024 sogar wieder geschrumpft sein – nachdem eigentlich ein leicht positives Wachstum erwartet worden war. Das reale Bruttoinlandsprodukt liegt damit nur 0,3 % über dem Vorkrisenniveau des dritten Quartals 2019. Mit Blick auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist es daher überraschend, dass der finanzpolitische Kurs der deutschen Bundesregierung bislang keine merkliche Reaktion auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen erkennen lässt.

Nur 7,7 % der deutschen Bundesausgaben fließen 2024 in die Stimulierung der Wirtschaft

Deutschlands Bundesausgaben 2024 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen in %



Quelle: IfW Kiel, „Rest“ beinhaltet auslandswirksame Zahlungen, Bagatellposten und Sonstiges.

Wie eine aktuelle Analyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zeigt, investiert Deutschland im Jahr 2024 lediglich 7,7 % der Bundesausgaben in die Stimulierung der Marktwirtschaft – und damit laut Ansicht von Expert:innen viel zu wenig, um die strukturellen Herausforderungen, vor denen das Land steht, angehen zu können. Gleichzeitig machen Umverteilungs- und Sozialausgaben insgesamt 67,7 % und damit mehr als zwei Drittel der Ausgaben aus. Auch die Kompromisse zum Haushalt 2025 und zur Finanzplanung bis 2028 erwecken den Anschein, dringende Investitionserfordernisse eher aufzuschieben, anstatt notwendige finanzielle Spielräume für die Bereiche Infrastruktur, Sicherheit, Bildung und Forschung zu schaffen (iwd).

FAZIT: Als Deutschland das letzte Mal den Beinamen „kranker Mann Europas“ abschütteln konnte, gelang dies dank einer Reihe ambitionierter Reformen. Aufgrund des anhaltenden politischen Richtungsstreits unter den Ampelkoalitionären und des zusätzlichen finanziellen Gestaltungsverlustes durch die Schuldenbremse sind solche Impulse derzeit jedoch nicht zu erwarten. Umso wichtiger werden gesamteuropäische Initiativen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Belebung des Wachstums. Dazu zählen die Vertiefung des Binnenmarktes ebenso wie eine aktive Handelspolitik, die Gewährleistung einer leistbaren und sicheren Energieversorgung, ein Fokus auf Investitionen in Forschung und Innovation, eine gemeinsame Strategie zur Fachkräftesicherung sowie die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion. Von diesen Maßnahmen würden letztlich alle EU-Volkswirtschaften profitieren – auch die deutsche.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Webseite!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Peter Obinger,
peter.obinger@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 4252
5. August 2024